



Interviews

Datum: 13. November 2023

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Ricarda Lang, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dirk-Oliver Heckmann: Schönen guten Morgen, Frau Lang.

Ricarda Lang: Hallo! – Guten Morgen!

Heckmann: Frau Lang, was ist denn der Grund dafür, dass sich potenzielle oder auch langjährige Koalitionspartner von den Grünen abwenden? Boris Rhein hat gesagt, die Menschen wollten keine Verbotspolitik.

Lang: Ich glaube, erstmal muss man sagen, dass ich hier keinen bundesweiten Trend erkenne, sondern dass wir in den letzten zwei Jahren unterschiedlichste Konstellationen hatten. In Schleswig-Holstein hat sich Daniel Günther, obwohl eine Koalition mit der FDP möglich gewesen wäre, für die Grünen entschieden. In Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen sind wir neu in die Regierung kommen, einmal mit Rot-Grün, einmal mit Schwarz-Grün. In Berlin und Hessen hat es leider nicht funktioniert. Das heißt, ich glaube, wir erleben hier unterschiedliche Konstellationen, und ich glaube, ganz konkret bei Hessen hat es auch sehr viel mit der Situation innerhalb der Union zu tun. Boris Rhein, der sich von seinem Vorgänger absetzen und eine eigene neue Geschichte erzählen will, und wahrscheinlich auch ein gewisser Richtungsstreit innerhalb der Union, der sehr stark anhand des Themas Schwarz-Grün ausgetragen wird zwischen Friedrich Merz und Hendrik Wüst.

Heckmann: Andere sind da offensichtlich ein bisschen selbstkritischer. Der grüne Finanzminister in Baden-Württemberg, Danyal Bayaz, der sagte auf X (früher Twitter): „Wir Grüne müssen uns schon auch selbstkritisch fragen, warum uns einstige Koalitionspartner nicht mehr als moderne Kraft der Veränderung, sondern offenbar mehr als eine Art Belastung in schwierigen Zeiten wahrnehmen.“ Und Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident in Baden-Württemberg, sagt in der heutigen „taz“: „Ich glaube, dass wir den Leuten zurzeit offensichtlich auf die Nerven gehen. Die Leute haben das Gefühl, wir sagen ihnen, wie sie heizen sollen, wie sie sich fortbewegen sollen, wie sie essen sollen, und wir sagen ihnen zum Schluss sogar, wie sie reden dürfen und wie nicht.“ – Hat er nicht recht?

Lang: Ich glaube, ich habe noch nie jemandem gesagt, wie er reden soll oder wie nicht. Aber ganz ehrlich: Was wir tatsächlich erleben ist, dass eine Art von Krisenmüdigkeit innerhalb der Gesellschaft, die ja ganz klar da ist, die auch nachvollziehbar ist, das eine und das andere, jetzt noch der Krieg in Israel und weiterhin die Situation in der Ukraine, die Inflation, auf die Grünen projiziert wird und ein bisschen das Bild geschaffen wird, wenn die Grünen nicht dabei sind, dann wird das alles sehr viel ruhiger. Ich glaube, das ist ein Trugschluss an dieser Stelle, denn es sind ja Versäumnisse der Großen Koalition der letzten Jahre, die uns in diese Situation gebracht haben.

Heckmann: Und mit der Performance der Grünen innerhalb der Ampel-Regierung sind Sie ...

Lang: Ich sage gleich noch was zu den Grünen, keine Angst. Aber, dass wir einen Rucksack haben von Versäumnissen, weshalb die Große Koalition, die nicht vorgesorgt hat, auch nicht gut ist für dieses Land. Ich glaube, woran wir Grüne arbeiten müssen ist, dass wir in dieser Situation noch stärker als Stabilitätsanker und Faktor für Sicherheit wahrgenommen werden. Denn all das, was wir tun innerhalb dieser Regierung, erneuerbare Energien ausbauen, unsere Wirtschaft resilienter machen, auch unseren Sozialstaat krisenfähiger zu machen, das tun wir ja nicht, weil wir irgendwas verändern wollen, sondern weil Veränderung ein Mittel ist, wie wir dahin kommen, dass es mehr Stabilität gibt für die Menschen, dass es mehr Sicherheit gibt.

Heckmann: Pardon, wenn ich da einhake, aber die Rolle der Grünen beim Heizungsgesetz war nicht gerade rühmlich, oder?

Lang: Darüber habe ich, glaube ich, sogar in diesem Interview, wenn ich mich richtig erinnere, schon einiges gesagt, weil es für mich klar ist, die soziale Frage muss am Anfang stehen. Das war an dieser Stelle nicht ausreichend vorhanden und das muss in der Zukunft klar sein, denn wir erleben ja, dass viele Menschen das Gefühl haben, dass Themen der sozialen Gerechtigkeit über Jahre hinweg - nicht jetzt erst mit der Ampel, sondern schon weit davor - oft doch zu sehr an den Rand geschoben wurden, das waren, was dann am Ende doch nicht unbedingt gemacht werden musste. Das führt aber auch dazu, dass die Geschichte, dass die Lebensrealität von vielen Menschen an den Rand geschoben wird, sie dann das Gefühl haben, ich werde nicht mehr gehört, hier geht es nicht um mich. Und ich glaube, den Menschen müssen wir zeigen: Wir hören euch, wir kümmern uns um eure Lebensschicksale, um eure Lebensrealität. Und das heißt, einen stärkeren Fokus auf die soziale Gerechtigkeit legen, und daran werden auch wir als Grüne arbeiten.

Heckmann: Langfristige Probleme sind das eine, aber der Umgang damit, beispielsweise beim Heizungsgesetz, ist das andere. Der Oppositionsführer Friedrich Merz, der Chef der CDU und der Unions-Bundestagsfraktion, hat die Grünen als Hauptgegner innerhalb der Ampel-Koalition identifiziert. Er sagte gestern im Interview der Woche des Deutschlandfunks folgendes:

O-Ton Friedrich Merz: „Ich bin mir sicher, dass Boris Rhein und die Freunde in Hessen da eine kluge und gute Entscheidung getroffen haben aus ihrer Sicht. Ich will allerdings auch sagen, für die Bundespartei ist das keine Vorentscheidung in die eine oder die andere Richtung. Richtig ist nur auch, wir müssen nicht von den Grünen darüber belehrt werden, dass wir anschlussfähig bleiben müssen an die Grünen. Die Grünen müssen an die Wirklichkeit anschlussfähig bleiben und die Grünen müssen akzeptieren, dass auch sie Kompromisse machen müssen, und wenn sie dazu nicht bereit sind, dann hat die Union gegebenenfalls auch Alternativen.“

Heckmann: Dann hat die Union gegebenenfalls auch Alternativen, die SPD zum Beispiel. Ist Schwarz-Grün ein Auslaufmodell?

Lang: Nein! Wir sehen ja, dass zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein sehr gute Arbeit innerhalb dieses Bündnisses gemacht wird. Und ja, es gibt Alternativen für die Union, genauso wie es Alternativen für die Grünen gibt. Gerade regieren wir im Bund mit einer Ampel und tun das bei zu viel Hintergrundrauschen, das will ich ganz klar sagen, aber in der Sache sehr, sehr erfolgreich. Das heißt, das ist, glaube ich, eine Binsenweisheit ...

Heckmann: Das hieß es in Hessen auch immer, die erfolgreiche Arbeit.

Lang: Die auch vorhanden ist, wenn ich mir zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur anschau, das Auszubildenden-Ticket, vieles, was dort Tarek Al-Wazir auf den Weg gebracht hat, übrigens meistens eine Politik der Ermöglichung, wo Infrastruktur ausgebaut wurde, wo es Leuten einfacher gemacht wurde, wo mehr Möglichkeiten geschaffen wurden. Bei Friedrich Merz ist es vielleicht ein bisschen ironisch, selbst abzulehnen, belehrt zu werden, dann erstmal in den Belehrungsmodus zu gehen. Ich glaube, uns als Grünen muss niemand erklären nach diesen letzten zwei Jahren, dass zur Politik der Kompromiss dazugehört, dass zur Demokratie der Kompromiss dazugehört. Wir haben in den letzten Jahren an vielen Stellen Entscheidungen getroffen – ich möchte an die Waffenlieferungen an die Ukraine erinnern, ich möchte an das schnelle Ausbauen der LNG-Terminals erinnern -, wo wir über unseren eigenen Schatten gesprungen sind, weil die Realität es notwendig gemacht hat. Aber wir werden in dieser Zeit Ziele im Sinne von Vorsorge, dass wir nicht nur für die nächsten drei Wochen vorsorgen oder drei Monate, sondern auch die nächsten zehn Jahre, auch das nicht aus dem Blick verlieren, denn sonst rutschen wir immer wieder von Krise in Krise. Das, was eigentlich gerade die große Aufgabe dieser Regierung ist, ist das Land krisenfest zu machen.

Heckmann: Eine andere Krise ist die Migrationspolitik. Winfried Kretschmann hat in der heutigen „taz“ in dem erwähnten Interview auch gesagt: „Dass wir ausgerechnet in Hessen mit einem höchst pragmatisch agierenden Landesverband aus der Regierung fliegen, das muss uns als Partei wachrütteln. Der Kurs in der Migrationspolitik ist da ganz entscheidend. Runter von der Bremse bei der Eindämmung der irregulären Migration.“ – Ist diese Botschaft bei Ihnen angekommen?

Lang: Ich glaube, dass das mit Hessen, was Sie gerade beschrieben haben, ganz gut zeigt, dass es mehr um eine Auseinandersetzung innerhalb der Union geht als um aktuelles Verhalten der Grünen. Und ich finde, dass wir als Grüne unseren Kurs innerhalb der Migrationspolitik von Humanität und Ordnung halten müssen. Denn wir haben immer gesagt: Wir wollen, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht wird, stehen dabei auch zur Genfer Flüchtlingskonvention, aber es ist klar, dass das nur in geordneten Verfahren funktionieren kann, weil am Ende der Verzicht auf Humanität, die Abschottung Chaos schafft, aber auch Humanität dauerhaft nur mit geordneten Verfahren bestehen kann. Das heißt, dass das nicht zwei Pole sind, sondern eigentlich zwei Dinge, die sich gegenseitig

brauchen, die sich gegenseitig bedingen, und so werden wir jetzt auch innerhalb der nächsten Wochen innerhalb der Bundesregierung Politik machen.

Heckmann: So argumentieren SPD und FDP ja auch. Aber vergangene Woche, Frau Lang, hat sich die Ampel-Koalition mit den Bundesländern auf eine Reihe von Maßnahmen verständigt, an denen die Grünen jetzt wieder Fragezeichen machen. Machen Sie möglicherweise den gleichen Fehler wie beim Heizungsgesetz?

Lang: Erstmal muss man sagen, dass es doch gut ist, dass es möglich war und dass sich hier übrigens auch innerhalb der Union die Stimmen der Vernunft durchgesetzt haben, dass es eine breite Einigung im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz zwischen verschiedenen Parteien, zwischen den verschiedenen Ebenen als Verantwortungsgemeinschaft mit Bund und Ländern gab, wo man zusammengekommen ist und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen hat. Dass wir auf manche kritisch schauen, ist kein Geheimnis, aber ich glaube, vor allem kann das ein Punkt sein – ich würde ja sagen, tatsächlich ein ‚Deutschlandpakt Migration‘ -, wo man an dieser Stelle jetzt sagt, jetzt gehen wir in eine Phase des Umsetzens über und jetzt ist nicht die Zeit, wo ein neuer Überbietungswettbewerb kommt, jede Woche, jeden Tag neue Forderungen, die möglichst hart klingen. Das heißt: Das, was für mich eigentlich den grünen Kurs in der Migrationspolitik ausmacht, ist, Scheinlösungen als solche zu benennen und gleichzeitig pragmatische Lösungen mitzugehen. Und das werden wir auch in der Umsetzung dieser Beschlüsse tun.

Heckmann: Aber auch die grünen Minister haben sich darauf eingelassen. Die haben dem zugestimmt. Die Bundesregierung will jetzt prüfen, Asylverfahren in Drittstaaten wie Albanien oder Ruanda. Kretschmann hat gesagt, er sei skeptisch, aber man sollte sich der Idee nicht gleich von vornherein verschließen, und Sie selber haben dieser Tage gesagt, Sie können sich nicht vorstellen, wie das rechtlich mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar sein könnte, und jeder Vorschlag müsse dem europäischen Recht entsprechen. Das tue das Ruanda-Modell klar nicht. – Ist die Prüfung damit aus Ihrer Sicht abgeschlossen?

Lang: Nein, geprüft werden muss. Das steht ja nicht nur jetzt in diesen Ergebnissen, sondern das steht auch im Koalitionsvertrag.

Heckmann: Aber pro forma?

Lang: Ich habe aber, wie ich gesagt habe, erhebliche Zweifel daran, und wenn Sie sich anschauen, dass das Ruanda-Modell, das ja von Großbritannien vorangebracht wurde, jetzt durch europäische Gerichte gestoppt wurde, die bereits gesagt haben, das ist nicht mit dem europäischen Recht vereinbar, dann ist das doch bestimmt ein gewisser Indikator an dieser Stelle, den man doch sehr ernstnehmen muss.

Heckmann: Dann braucht man es ja nicht mehr zu prüfen.

Lang: Das kann man trotzdem machen und das wird auch gemacht werden. Aber am Ende muss jeder Vorschlag dem europäischen Recht und übrigens auch der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen. Das sind ja keine Dinge, die sich Grüne ausgedacht haben oder irgendein anderer Teil der Gesellschaft, sondern das sind völkerrechtliche Verpflichtungen, die Deutschland auch im Blick unserer Geschichte eingegangen ist. Ich finde, das als Messlatte anzusetzen, das ist eigentlich das realistischste, was man tun kann, denn am Ende muss alles, was wir tun, auch vor Gerichten Bestand haben.

Heckmann: Inwieweit ist denn Ihr öffentlicher Widerstand gegen diesen Punkt und auch bei den Kürzungen für Asylbewerber eher für die innerparteiliche Galerie? Es gibt ja nicht wenige, die sagen, am Ende machen die Grünen alles mit, siehe gemeinsames europäisches Asylsystem inklusive Asylverfahren in gefängnisartigen Einrichtungen an den Außengrenzen.

Lang: Ich mache selten Politik für die innerparteiliche Galerie, denn ich glaube, dass das keine gute Politik ist.

Heckmann: Aber manchmal schon?

Lang: Nein, sondern ich mache Politik anhand der Realitäten, und das heißt wie gesagt in der Migrationspolitik, wir müssen auf der einen Seite unsere Verpflichtung sehen, auf der anderen Seite die Belastungssituation, die wir in vielen Kommunen haben. Wir müssen dafür pragmatische Lösungen finden, aber am Ende auch keine Lösungen, die nicht rechtssicher sind, die nicht unserem Anspruch an Rechtsstaatlichkeit - und wie gesagt nicht im Sinne von uns Grünen, sondern im Sinne unserer rechtlichen Verpflichtungen als ganzes Land - entsprechen. Ich finde ehrlich gesagt, dass wir manchmal eine Verschiebung innerhalb dieser Debatte erlebt haben, dass plötzlich das, was am allerhärtesten klingt, als am realistischsten ausgemacht wird, obwohl es eigentlich mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat. Ein Beispiel dafür ist die Obergrenzen-Debatte, die wir jetzt geführt haben über Wochen hinweg. Ich könnte jetzt zahlreiche andere nennen. Ich würde sagen, wir fokussieren uns jetzt mal in der Debatte auf das, was am meisten bringt, vor allem für die Kommunen, die es vor Ort umsetzen müssen, und nicht auf das, was am härtesten klingt.

Heckmann: Ein Blick noch, Frau Lang, auf den Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in Berlin am Freitag. Der hatte ja am Wochenende mit antiisraelischen Aussagen für Schlagzeilen gesorgt. Faktisch hat er das Existenzrecht Israels in Frage gestellt. Am Freitag wird er von Bundeskanzler Scholz und Bundespräsident Steinmeier empfangen. Die Linken-Abgeordnete Sevim Dağdelen sagt bereits, man solle ihn wieder ausladen. Ist das ein Besuch zur Unzeit?

Lang: Ich glaube, es ist wichtig, dass an dieser Stelle Gespräche stattfinden, wir haben das immer wieder gesagt. Auch mit Blick auf die Situation von Israel ist es wichtig, jetzt diplomatische Kanäle zu nutzen, wenn wir zum Beispiel auf die Befreiung von Geiseln schauen, wenn wir auch auf die Sicherheit von Israel schauen. Aber das muss damit einhergehen, dass an dieser Stelle ganz klare Worte gefunden werden. Das erwarte ich auch von Olaf Scholz und von Frank-Walter Steinmeier, dass man hier ganz klar sagt, das Existenzrecht von Israel ist für uns nicht verhandelbar.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Heckmann: So klare Worte wie beim Besuch von Abbas letztes Jahr in Berlin?

Lang: Ich glaube, die Situation hat sich noch mal verändert. Aber hier braucht es klare Worte zum Existenzrecht Israels und auch klare Worte zu den, finde ich, unsäglichen Aussagen von Erdoğan, der hier nicht nur das Existenzrecht Israels in Frage stellt, sondern damit auch die Sicherheit von Millionen von Jüdinnen und Juden. Das muss man ganz klar sagen. Israel ist der globale Schutzraum für Jüdinnen und Juden. Das heißt, wer dieses Existenzrecht in Frage stellt, der stellt damit auch die Sicherheit dieser Menschen in Frage, und dazu braucht es eine klare Reaktion.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.